



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Alfons Brandl, Karl Freller, Dr. Marcel Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzingler, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/9355, 18/10678

Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung in Bayern

Die Unabhängige Patientenberatung (UPD) ist ein wichtiger Baustein für das berechtigte Informationsbedürfnis der Menschen in Bayern, gerade im Krankheitsfall.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- es ab 2023 wieder eine von kommerziellen Interessen unabhängige, gemeinnützig getragene Patientinnen- und Patientenberatung gibt,
- bei der Diskussion um die Neugestaltung und Verstärkung der UPD ab 2023 auch die regionale Anbindung des Angebots eine bedeutende Rolle spielt als vertrauensbildende Maßnahme, vor allem für schlechter erreichbare vulnerable Bevölkerungsgruppen,
- die Seismographenfunktion nutzbar wird für die Versorgungsqualität und nötige Anpassungen auf Bundes- und insbesondere auch auf Landesebene,
- der § 65 b Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) dahingehend geändert wird, dass neben Kassenmitteln auch eine Bezuschussung des Angebots durch den Bund ermöglicht wird und damit der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) seine zentrale Rolle verliert; in diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob eine vollständige Steuerfinanzierung und eine Verankerung der UPD außerhalb des Krankenversicherungsrechts zielführend wären,
- die Patientenberatung vor Ort und die digitale Patienteninformation zusammengeführt werden, um auf die Bedürfnisse der Ratsuchenden adäquat reagieren zu können,

- regionalen Besonderheiten Rechnung getragen wird durch eine starke Präsenz vor Ort, da dies wesentlich zur Verstärkung, Akzeptanz und Vernetzung, insbesondere mit Selbsthilfegruppen sowie Patienten- und Verbraucherorganisationen, beiträgt,
- ein Zugang zu speziellen Fragestellungen, beispielsweise im Bereich der Zahnversorgung, der Arzneimittel, der ambulanten Psychotherapie und bei Hilfsmitteln, zentral organisiert wird und
- das Beratungsangebot barrierefreien Zugang sicherstellt und über die derzeit verfügbare Onlineberatung hinaus noch leichter und umfassender digital zugänglich wird, insbesondere für Menschen, die die Angebote der UPD in den größeren Städten nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten wahrnehmen können.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident